

erscheint wöchentlich viermal:  
Montag, Mittwoch, Freitag  
und Samstag.  
—  
Anzeigenpreis vierteljährlich:  
der Post abgeholt 1.65 M.,  
die Post zugestellt 1.95 M.,  
für Montabaur 1.35 M.,  
bei unseren Agenturen  
monatlich 50 Pfg.

—  
Frei-Beilagen:  
Mittwoch: Jahrbuch,  
Mittwoch: Wandkalender  
mit Wetterverzeichniss.

# Kreis-Blatt

für den Unterwesterwaldkreis.  
(Amtliches Kreisblatt.)

Verantwortlich für die Schriftleitung: Georg Sauerborn, Montabaur. — Druck und Verlag von Georg Sauerborn, Montabaur.

Anzeigengebühr  
für die 6-spaltige, 6-reihige  
Zeile oder deren Raum 15 Pfg.  
Reklamen d. Doppelzeile 30 Pfg.  
Anzeigen finden im ganzen  
Kreis wirksamste Verbreitung.  
Beilagen nach Abrechnung.  
Bestellungen werden jederzeit  
angenommen.  
—  
Telegramm-Adresse:  
Kreisblatt Montabaur.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 10.

Nr. 35.

Erstes Blatt.

Montabaur, Mittwoch, den 1. März 1916.

49. Jahrgang.

Ch. I. 1./3. 16. K. R. A.

Amtlicher Teil.

## Bekanntmachung

betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme von Chemikalien und ihre Behandlung.

Vom 1. März 1916.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit auf Er-  
lass des Königlich Preussischen Kriegsministeriums mit dem Be-  
zug zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Zu-  
berichtigung gegen die Vorschriften, betreffend Bestands-  
erhebung und Lagerbuchführung auf Grund der Bekannt-  
machung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915  
(Reichs-Gesetzbl. S. 54) in Verbindung mit den Bekannt-  
machungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684\*)  
und vom 24. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684\*),  
jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahmever-  
ordnung auf Grund der Bekanntmachung über die Sicher-  
stellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-  
Gesetzbl. S. 357) in Verbindung mit den Ergänzungs-  
bekanntmachungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl.  
S. 645) und 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778\*\*)  
straft wird, soweit nicht nach allgemeinen Strafgesetzen  
andere Strafen verurteilt sind.

### § 1

#### Inkrafttreten der Verordnung.

a) Die Verordnung tritt mit Beginn des 1. März 1916  
in Kraft und ersetzt die Verordnung Ch. I. 1./8. 15. R.  
A., betreffend Bestandserhebung und Beschlagnahme  
von Chemikalien und ihre Behandlung, vom 1. August 1915.  
b) Für die im § 3 Absatz d) beschlagnahmten Gegen-  
stände treten Meldepflicht und Beschlagnahme erst mit dem  
Anfang oder der Einlagerung der Ware in Kraft.

### § 2

#### Von der Verordnung betroffene Gegenstände.

Von dieser Verordnung werden sämtliche Vorräte der  
unterstehenden Uebersichtstafel aufgeführten Stoff-  
arten und Stoffarten (einerlei, ob Vorräte einer,  
mehrer oder sämtlicher Gattungen und Arten vorhanden  
sind) betroffen, auch wenn sie nach der Verfügung Ch. I.  
1. 15. R. A. A. frei waren.

### § 3

#### Von der Verordnung betroffene Personen, Gesellschaften usw.

Von dieser Verordnung werden betroffen:

a) alle gewerblichen Unternehmer, Firmen oder Personen,  
in deren Betrieben die im § 2 aufgeführten Gegen-  
stände erzeugt, gebraucht oder verarbeitet werden, so-  
weit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam  
befinden, oder die solche Gegenstände aus Anlaß ihres  
Wirtschaftsbetriebes, ihres Handelsbetriebes oder sonst  
des Erwerbes wegen für sich oder für andere in Ge-  
wahrsam haben, oder bei denen sich solche Gegen-  
stände unter Zollaufsicht befinden;

b) alle Kommunen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften  
und Verbände, in deren Betrieben solche Gegenstände  
erzeugt, gebraucht oder verarbeitet werden, oder die  
solche Gegenstände in Gewahrsam haben, oder bei  
denen sie sich unter Zollaufsicht befinden;

c) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser  
Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder  
unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit  
Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend  
Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil  
des Staates verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer  
vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzureichten oder zu  
unterstützen. Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser  
Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder un-  
richtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu  
tausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu  
6 Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die  
vorgeschriebenen Lagerbücher einzureichten oder zu führen unterläßt.

d) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu  
tausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen  
andere Strafen verurteilt sind, bestraft:

a) wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft,  
beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft, oder  
ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn ab-  
schließt;  
b) wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu ver-  
wahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;  
c) wer den nach § 6 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwider-  
handelt.

c) Personen, welche zur Wiederveräußerung oder Ver-  
arbeitung durch sie oder andere bestimmte Gegen-  
stände der im § 2 aufgeführten Art in Gewahr-  
sam genommen haben, auch wenn sie im übrigen  
kein Handelsgewerbe betreiben;

d) alle Empfänger (der unter a bis c bezeichneten Art)  
solcher Gegenstände nach Empfang derselben, falls die  
Gegenstände sich am Meldetag auf dem Versand be-  
finden und nicht bei einem der unter a bis c aufge-  
führten Unternehmer, Personen usw. in Gewahrsam  
oder unter Zollaufsicht gehalten werden;

e) auch diejenigen Personen, Gesellschaften  
usw., deren Vorräte durch schriftliche Ein-  
zelverfügung beschlagnahmt worden sind.  
Die Einzelverfügungen und die Verordnungen Ch. I.  
124/1. 15. R. A. A., Ch. I. 1./4. 15. R. A. A., Ch.  
I. 1./6. 15. R. A. A. und Ch. I. 1./8. 15. R. A. A.  
werden durch diese allgemeine und erweiterte Ver-  
ordnung ersetzt.

Von der Verordnung betroffen sind hiernach insbe-  
sondere nachstehend aufgeführte Betriebe und Personen:

gewerbliche Betriebe: Chemische Fabriken,  
Sprengstofffabriken und alle Betriebe, die Chemi-  
kalien herstellen oder verarbeiten;

Handelsbetriebe: Kaufleute, Lagerhalter, Spedi-  
teure, Kommissionäre usw.;

wirtschaftliche Betriebe: Landwirte usw.

Sind in dem Bezirk der verordnenden Behörde neben  
der Hauptstelle Zweigstellen vorhanden (Zweigfabriken,  
Filialen, Zweigbüros, Nebengüter u. dgl.), so ist die  
Hauptstelle zur Meldung und zur Durchführung der Be-  
schlagnahmebestimmungen auch für diese Zweigstellen ver-  
pflichtet. Die außerhalb des genannten Bezirks (in wel-  
chem sich die Hauptstelle befindet) ansässigen Zweigstellen  
gelten als selbständige Betriebe; die in dem genannten  
Bezirk belegenen Hauptstellen dürfen jedoch die Meldungen  
der außerhalb liegenden Zweigstellen für diese miterstaten.

### § 4

#### Beschlagnahme.

Die von dieser Verordnung betroffenen Gegenstände  
(§ 2) sind beschlagnahmt. Ihre Verwendung darf nur in  
folgender Weise erfolgen:

a) Verkauf und Vieferung (Versand) beschlagnahmter Be-  
stände ist ohne Erlaubnischein gestattet mit Aus-  
nahme der in Spalte A der Uebersichtstafel ange-  
gebenen Fälle; in diesen Fällen ist der Erlaubnischein  
vom Verkäufer bzw. Vieferrer zu beantragen.

b) Verarbeitung und Verbrauch beschlagnahmter Stoffe  
(einerlei, ob sie zur Herstellung von anderen beschlag-  
nahmt oder nicht beschlagnahmten Stoffen dienen)  
ist mit Ausnahme der in der Uebersichtstafel unter  
B, C und D aufgeführten Fälle nur auf Grund von  
Erlaubnischeinen gestattet; Form und Inhalt der  
Erlaubnischeine bestimmt die Kriegs-Rohstoff-Ab-  
teilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums.  
Ist auf Grund eines Erlaubnischeines ein beschlag-  
nahmtes Erzeugnis entstanden, so kann dieses mit  
Ausnahme der unter Spalte B, C und D der Ueber-  
sichtstafel aufgeführten Fälle nur auf Grund eines  
weiteren Erlaubnischeines verarbeitet oder verbraucht  
werden, es sei denn, daß der Erlaubnischein einen  
weitergehenden Verbrauch vorsieht.

Der Verarbeiter oder Verbraucher ist verpflichtet,  
bei unmittelbaren Aufträgen der deutschen Heeres-  
oder Marinebehörden für die unter Spalte B der  
Uebersichtstafel genannten Erzeugnisse einen schriftlichen  
Ausweis des unmittelbaren Auftrages als Beleg bei  
seinen Akten gemäß § 6 aufzubewahren. Bei mittel-  
baren Aufträgen ist er verpflichtet, von dem Besteller  
eine schriftliche Erklärung darüber einzuholen, welcher  
unmittelbare Auftrag für die unter Spalte B der  
Uebersichtstafel genannten Erzeugnisse vorliegt  
(Nummer, Datum, Gegenstand des Auftrages, be-  
stellende Behörde). Auch diese Erklärungen sind als  
Belege gemäß § 6 aufzubewahren. Die Kriegs-Roh-

stoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegs-  
ministeriums kann jederzeit jeden Verkauf, jede Vief-  
erung, jeden Versand (Lagerwechsel) sowie Verarbeitung  
bzw. Verbrauch, soweit nach dieser Verordnung ein  
Erlaubnischein nicht erforderlich ist, verbieten.

c) Die nach § 4 a und b erforderlichen Anträge auf Aus-  
fertigung von Erlaubnischeinen sind bei der Kriegs-  
chemikalien Aktiengesellschaft, Berlin W 9, Köthener  
Str. 1—4 bzw. bei deren Vertrauensmännern für  
Verteilung freigegebener Chemikalien pünktlich und in  
der Regel auf den von der Kriegschemikalien Aktien-  
gesellschaft herausgegebenen Vordrucken einzureichen.  
Die Erlaubnischeine werden in der Regel für eine  
Gültigkeitsdauer von zwei Monaten ausgestellt. Die  
Anträge müssen bis zum 8. des der Erlaubnisperiode  
vorangehenden Monats der Kriegschemikalien Aktien-  
gesellschaft bzw. den zuständigen Vertrauensmännern  
vorliegen.

Die Annahme von Anträgen, die nicht ordnungs-  
mäßig frankiert sind, wird verweigert.

d) Der nicht verbrauchte Teil der freigegebenen Mengen  
verfällt mit Ablauf des letzten Gültigkeitstages, auf  
den der Erlaubnischein lautet, erneut der Beschlag-  
nahme.

### § 5

#### Meldepflicht.

Die von dieser Verordnung betroffenen Vorräte (§ 2)  
sind spätestens bis zum 10. jedes Monats an die Kriegs-  
Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegs-  
ministeriums zu melden, soweit sie nicht nach Spalte  
F der Uebersichtstafel von der Meldepflicht befreit  
sind. Die Meldungen sind jedoch nicht bei der  
Kriegs-Rohstoff-Abteilung, sondern bei der Kriegs-  
chemikalien Aktiengesellschaft, Berlin W 9, Köthe-  
ner Str. 1—4, einzureichen. Außerdem sind von den  
Firmen, denen besondere Fragebogen der Kriegs-Rohstoff-  
Abteilung von der Kriegschemikalien Aktiengesellschaft zu-  
gehen, die gestellten Fragen in der angegebenen Frist zu  
beantworten.

Die Annahme von Meldungen, die nicht ordnungs-  
mäßig frankiert sind, wird verweigert.

Soweit die Kriegschemikalien Aktiengesellschaft nicht un-  
aufgefordert Meldecheine ausstellt, sind sie bei ihr einzu-  
fordern. Anträgen, die das Meldewesen betreffen, sind  
ausschließlich an die Kriegschemikalien Aktiengesellschaft  
zu richten.

Eine Abschrift der Meldung ist von der meldenden  
Stelle zurückzubehalten, im Falle der Meldung durch die  
Hauptstelle (vgl. § 3) sowohl von der Haupt- wie der  
Zweigstelle.

Bei Verminderung der Vorräte unter die in Spalte F  
der Uebersichtstafel angegebenen Mengen ist einmalige  
Anzeige am nächstfolgenden Melde Termin einzureichen.  
Eine weitere Meldung ist dann so lange nicht erforderlich,  
als die Bestände nach Spalte F der Uebersichtstafel von  
der Meldepflicht befreit sind. Die nicht der Meldepflicht  
unterliegenden Mengen bleiben gemäß Uebersichtstafel  
beschlagnahmt.

### § 6

#### Lagerbuch und Belege.

Jeder von dieser Verordnung Betroffene (auch soweit  
er nach Spalte F der Uebersichtstafel von der Meldepflicht  
befreit ist) hat ein Lagerbuch einzurichten, aus dem jede  
Veränderung der Vorratsmenge und ihre Verwendung er-  
sichtlich sein muß. Verbunden mit der Lagerbuchführung  
ist eine Aktenhaltung einzurichten, in der die nach §§ 4  
und 5 erforderlichen Belege und Abschriften der Meldungen  
leicht auffindbar aufzubewahren sind.

Zur Feststellung, ob die Angaben richtig gemacht sind,  
werden Beauftragte der Polizei- und Militärbehörden die  
Vorratsräume untersuchen und die Bücher und Belege  
des zur Auskunft Verpflichteten prüfen; sie sind befugt,  
zur Ermittlung richtiger Angaben Vorratsräume, in  
denen Gegenstände zu vermuten sind, über welche die  
Auskunft verlangt wird, zu untersuchen und die Bücher  
der zur Auskunft Verpflichteten einzusehen.



# Uebersichtstafel.

Klasse	Beschlagnahmte Stoffgattungen und Stoffarten	Verkauf und Lieferung (Verfand)	Verarbeitung und Verbrauch beschlagnahmter Stoffe ist nur auf Grund von Erlaubnisscheinen gestattet mit Ausnahme der in B, C u. D genannten Fälle				Sonderbestimmung	Ausmaß d. Maß
		A	B	C	D	E		
		Verkauf und Lieferung im Inland ist ohne Erlaubnisschein gestattet mit Ausnahme der unter c und d angegebenen Fälle; für Verkauf und Lieferung in das Ausland (einschließlich der besetzten feindlichen Gebiete) ist stets ein Erlaubnisschein erforderlich	Ohne Erlaubnisschein ist gestattet (unter Einhaltung der Sonderbestimmung zu E) Verarbeitung und Verbrauch	Ohne Erlaubnisschein ist gestattet Verarbeitung und Verbrauch vorrätiger und bezogener Mengen, wenn der monatliche Gesamtverbrauch bei der Verwendung aller Arten einer Stoffgattung kleiner ist als:	Für folgende Arbeitsgänge ist, auch wenn es sich nicht um Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden nach Spalte B handelt, nie ein Erlaubnisschein erforderlich	Für folgende Arbeitsgänge, auch wenn es sich um Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden nach Spalte B handelt, ist stets ein Erlaubnisschein erforderlich		
a	Salpeterstickstoff (Inhalt) in reinen, unreinen und gemischten salpetersauren und salpetrigsauren Salzen von Natrium, Kalium, Kalkium, Ammonium, Baryum, Strontium, in reiner, unreiner (z. B. Abfallsäure) und gemischter Salpetersäure jeder Grädigkeit, mit Ausnahme von Mengen, die der Verbraucher sich selbst aus nicht beschlagnahmten Ausgangsstoffen herstellt, sofern die monatliche Gesamtmenge der Erzeugung aller Arten dieser Stoffgattung kleiner ist als 75 kg Salpeterstickstoff (Inhalt).	—	denjenigen Besitzern, die in ihren Büchern und Belegen ausweisen, daß sie mit den beschlagnahmten Mengen unter bestmöglicher Ausbeute unmittelbare oder mittelbare Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden auf Sprengstoffe, Pulver, Rauch- und Leuchtkörper ausführen; (der Verbrauch entfallender stickstoffhaltiger Zwischen- und Nebenerzeugnisse zu anderen als den hier genannten Zwecken ist nur auf Grund eines Erlaubnisscheins gestattet);	1 kg Salpeterstickstoff (Inhalt)	Verdichtung von Salpetersäure; „Mischen“ von Salpetersäure mit Schwefelsäure (auch rauchender)	Verarbeitung von beschlagnahmten salpetersauren Salzen in andere beschlagnahmte salpetersaure Salze oder in Salpetersäure	75 kg	
b	Toluol (Inhalt) in rohem, gereinigtem, reinem Toluol. Wegen der toluolhaltigen Rohstoffe und des Zwanges zur Toluolgewinnung wird auf die „Bekanntmachung über die Verwendung von Benzol und Solventnaphta sowie über Höchstpreise für diese Stoffe“ verwiesen.	—	denjenigen Besitzern, die in ihren Büchern und Belegen ausweisen, daß sie mit den beschlagnahmten Mengen unter bestmöglicher Ausbeute unmittelbare oder mittelbare Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden auf Sprengstoffe, Pulver, Rauch- und Leuchtkörper und Arzneimittel ausführen;	1 kg Toluol (Inhalt)	Verarbeitung von rohem zu gereinigtem und reinem Toluol	—	20 kg	
c	Japankampfer (Inhalt) in Japankampfer jeder Aufbereitung, Reinheit und Form, gleichgültig, wo die Aufbereitung stattgefunden hat.	Verkauf und Lieferung von Japankampfer ist nur auf Grund von Erlaubnisscheinen gestattet, falls die monatliche Gesamtmenge mehr beträgt als 0,5 kg Kampferinhalt.	denjenigen Besitzern, die in ihren Büchern und Belegen ausweisen, daß sie mit den beschlagnahmten Mengen unter bestmöglicher Ausbeute unmittelbare oder mittelbare Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden auf Arzneimittel ausführen;	0,05 kg Kampfer (Inhalt)	—	—	20 kg	
d	Glycerin (Inhalt) in reinem, unreinem und gemischtem Glycerin mit 20 v. H. und mehr Reingehalt.	Verkauf und Lieferung von Glycerin ist nur auf Grund von Erlaubnisscheinen gestattet, falls die monatliche Gesamtmenge mehr beträgt als 1 kg Glycerinhalt.	denjenigen Besitzern, die in ihren Büchern und Belegen ausweisen, daß sie mit den beschlagnahmten Mengen unter bestmöglicher Ausbeute unmittelbare oder mittelbare Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden auf Sprengstoffe, Pulver, Rauch- und Leuchtkörper ausführen; für andere militärische Zwecke ist von der bestellenden Behörde die Unerflichkeit zu bescheinigen;	0,1 kg Glycerin (Inhalt)	Arbeitsgänge, welche zur Erzeugung von Roh- und Dynamitglycerin führen (z. B. Reinigung, Eindampfung)	Erzeugung von destilliertem Glycerin jeder Art mit Ausnahme von Dynamitglycerin	50 kg	
e	Schwefel (Inhalt) in Schwefel und Schwefelkies aller Art, in Zinkblende, in schwefliger Säure, in reiner, unreiner (z. B. Abfallsäure) und gemischter rauchender und wässriger Schwefelsäure jeder Grädigkeit.	—	denjenigen Besitzern, die in ihren Büchern und Belegen ausweisen, daß sie mit den beschlagnahmten Mengen unter bestmöglicher Ausbeute unmittelbare oder mittelbare Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden auf Sprengstoffe, Pulver, Rauch- und Leuchtkörper und Arzneimittel ausführen;	50 kg Schwefel (Inhalt)	Verdichtung von Schwefelsäure; „Mischen“ von Schwefelsäure (auch rauchender) mit Salpetersäure, Verbrauch von Schwefelsäure zur Herstellung von Salpetersäure	Verarbeitung von Schwefel, Schwefelkies und Zinkblende in rauchende und wässrige Schwefelsäure; Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak, Reinigen von Benzol, Toluol und Solventnaphta	15 kg	
f	Chlor (Inhalt) in flüssigem und gasförmigem Zustand, in Chlorkalk, in Lösungen von unterchloriger Säure und ihren Salzen, in reinen, unreinen und gemischten chlorsauren und überchlorsauren Salzen von Kalium, Natrium, Ammonium, Baryum.	—	denjenigen Besitzern, die in ihren Büchern und Belegen ausweisen, daß sie mit den beschlagnahmten Mengen unter bestmöglicher Ausbeute unmittelbare oder mittelbare Aufträge der deutschen Militär- oder Marinebehörden auf Kampf-, Arznei- und Desinfektionsmittel ausführen;	25 kg Chlor (Inhalt)	—	Verarbeitung von gasförmigem und flüssigem Chlor	125 kg	
g	Aus a—f gefertigte Kampfmittel, wie Pulver, Sprengstoffe usw. aller Art mit Ausnahme von folgenden vorrätigen oder aus freigegebenen Stoffen hergestellten Erzeugnissen: Jagd-, Scheiben- und Freudenpulver, Zündschnüren, Zündhütchen, auch in leeren Patronenhülsen, Flobert- und Revolvermunition.	—	den Militär- oder Marinebehörden und den von diesen unmittelbar beauftragten Stellen.	—	—	—	—	

Coblenz, den 1. März 1916.

Anordnende Behörde:

**Kommandantur  
der Festung Coblenz-Ehrenbreitstein.**

gez. von Ludwald,  
Generalleutnant und Kommandant.

Frankfurt a. M., den 1. März 1916.

Anordnende Behörde:

**Stellvertretendes Generalkommandant  
des 18. Armee-korps.**